

Betreff: Überlegungen, warum die gegenwärtige Weltfinanzkrise nur über ein Insolvenzverfahren zu lösen ist

Datum: 24. Feb 2009 19:19

Warum wir eine korrekte Insolvenzabwicklung anstelle des geheimnisumwitterten Bankenrettungsfonds brauchen

Was die betroffene Öffentlichkeit in diesem Zusammenhang berechtigterweise in Harnisch bringt, soweit sie nicht notorisch regierungskorrupt ist, ist die böswillige Eigenmächtigkeit und empörende Selbstverständlichkeit, mit der die hohe Politik bei ihren Rettungspaketen zu Werke geht.

Mit der nie belegten, aber mit Händen zu greifenden Falschheit der Behauptung von Frau Merkel, diese Maßnahmen wären "alternativlos", winkt unser Parlament auch die dicksten Brocken durch, ohne einen Gedanken an überfällige

Untersuchungsausschüsse zu verschwenden, selbst wenn jene nicht viel bisher gebracht haben.

Tatsache ist, unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wird damit vollends überstrapaziert und wir werden in einen de facto vorprogrammierten Staatskonkurs hineingesteuert, der eine Jahrzehntelang vorprogrammierte Armut verheißt.

Ob jener über den brüchigen Zustand der Weltbankenkrise selbst allzu leicht angestoßene Staatsbankrott Wochen oder noch Monate dauert, sei einmal dahingestellt. Dieses wird sich sehr bald erweisen.

Was die Bürger aufwühlen muss, ist die öffentlich bisher nie diskutierte Grundsatzfrage, wer denn bisher die juristische Werthaltigkeit jener aus einer ursprünglichen Wette resultierenden Bankenschulden sachkundig und unparteiisch überprüft hätte.

Hier täte eine gründliche Aufarbeitung not, wobei die durch jene Scheingeschäfte bestens verdienenden Bankvorstände genaue tatsächliche Aufklärung und gleichzeitig Rückführung ihrer ungesetzlich vereinnahmten Gehaltszahlungen aus Tantiemen und Bonusgratifikationen vorzunehmen hätten.

Mit dem bisher demonstrierten Schweigekartell von hoher, aber auf der Hand liegender krimineller Politik, die von diesen obszönen Sachverhalten seit längerem gewusst und sie auch gedeckt hat, weil sie jenen kriminellen Mittätern als Bankenvorständen später zur Hand ging, um die eigenen Bankbilanzen zu fälschen, schafft man keine denkbare Grundlage, die Allgemeinheit derart ruinös zu übervorteilen.

Im Gegenteil, hier muss dringend ein natürlich sehr schwierig zu findender unparteiischer Insolvenzverwalter eingesetzt werden, der mit einem qualifizierten Mitarbeiterstab die zumindest sehr ähnlichen Sachverhalte bei der Abwicklung dieser "toxischen" Bankgeschäfte haarklein aufklärt und mittels Hochqualifizierter zusätzlicher externer Rechtsgutachten rechtlich bewerten lässt. Der Rest könnte dann über entsprechende Musterverfahren mit zumutbarem Aufwand abgearbeitet werden, wenn man dies nur will.

In jedem Falle würde dadurch der oder die angeblichen Gläubiger jener gigantischen Forderungen sich zeigen müssen und man hätte eine sichtbare Spur, in welchen riesigen Banktresoren jene unvorstellbar hohen werthaltigen Geldsummen zuletzt geflossen sind.

Diese minimale Aufklärungsarbeit sind wir zumindest allen betroffenen Bürgern schuldig, die wissen wollen und auch sollten, für wen sie die nächsten 30 und mehr Jahre bluten müssen.

Das betrifft natürlich alle westlichen Industrieländer.
Wenn dieser gewaltige und größte kriminelle Geldfischzug aller Zeiten mit seiner unübersehbaren Spur zu Lasten aller bisher besitzenden Bürger in irgendwelchen israelischen Banken endet, hätte man juristisch und tatsächlich jedenfalls handfeste Argumente, die bei der Neuordnung des Weltfinanzsystem dringend gebraucht werden, um solch ein Debakel nie mehr eintreten zu lassen.

Mit irgendwelchen, durch gewaltige Korruption zudem beliebig außer Kraft zu setzenden weltweit geltenden Finanzregeln hier operieren zu wollen, ist gelinde gesagt Bullshit aus Kanzlerinmund, bei der man nicht weiß, wessen Interessen sie und ihre Regierung zuförderst vertritt.

Bei Lichte bleibt uns derzeit ohnehin nichts anderes übrig, als unsere Haut nicht selbst feige zu Markte zu tragen.

Verloren wäre damit alles, wo es durchaus eine mehr als theoretische Chance gibt, einen Teil jener Gelder beispielsweise mit dem Bankenrettungsfond zurück zu erkämpfen.

Jene besonders ins Gerede gekommene HRE-Bank sollte deshalb sofort einen Insolvenzantrag stellen.
Sodann könnte aus diesem Konkurs mit Hilfe des Bankenrettungsfonds zur Erhaltung der strategisch wichtigen Bankendienstleistungen notfalls auch die Angestelltegehälter so lange gezahlt werden, bis die wertvollen Bankabteilungen zu einem angemessenen Preis verkauft, ausgegliedert und an sachkundige Kapitalgeber übergeben werden, wenn es sich mit der HRE so machen ließe. Sonst gäbe es beliebig viele andere Bankkandidaten, die längst reif für einen eigenen Insolvenzantrag wären.

Übrig blieben so innerhalb des Insolvenzverfahrens die "bad banks" angereichert mit einem Kaufpreis, die ganz zum Schluss an die Gläubiger anteilig aufgeteilt werden könnten, wenn deren Forderungsberechtigung vor Gericht geklärt würde.

Nur ein solches Verfahren hat die Transparenz auf die wir alle Anspruch haben.

Was bislang über die Bankenkrise gesagt und noch viel mehr von der Presse und der Regierung verschwiegen wurde, hat alles Vertrauen bei den betroffenen Bürgern verspielt.
Dieses muss erst zurück erworben werden, ehe man von "oben" so weiter zockt wie bisher.

Ehe die kriminellen Urheber jenes gewaltigen Schneeballsystems ihren sittenwidrigen und betrügerisch erlangten Gewinn in die eigene Scheuer fahren könnten, müsste ein juristischer Kampf buchstäblich bis aufs Messer zur Wahrung unserer Rechte vorangehen.
Und in dem hätten wir Heimrecht und sodann auch hinreichend Veranlassung, die längst Systemverkommene, aktuell ohnehin entsprechend unfähige eigene Justiz mit solchen Richterpersönlichkeiten auszustatten, die einem solchen Entscheidungsdruck standhalten könnten.

Der Kampf hätte damit begonnen, den man nur dann verloren geben muss, wer nicht mehr kämpfen will.

Friedrich Schmidt Rechtsassessor